

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

32 (9.8.1950)

Steigende Auftragsbestände

Zahl der Beschäftigten um 500 000 gestiegen - Spareinlagen nehmen zu - Preise sinken weiter
Soziale Unruhe in Deutschland wächst - Rüstungsprogramme Europas zehren am Volkseinkommen

In Korea haben zum erstenmal größere asiatische Gegenstände der Truppen der Vereinten Nationen begonnen. Viele europäische Länder haben ihre Vorschläge auf Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben veröffentlicht, die internationalen Warenmärkte haben größtenteils den Höhepunkt ihrer Preissteigerung — vorläufig wenigstens — überwunden und die Handelskäufe großen und kleinen Stills international und in Deutschland haben aufgehört.

So spiegelt sich das Bild der internationalen Lage in der Krise eines Wirtschaftsjournals. Wichtig bleibt dabei die Größenordnung näher zu betrachten. Nehmen wir als Beispiel Frankreich. Dieses Land wird in den nächsten 3 bis 4 Jahren 2 Billionen Franc über seinen normalen bisherigen Rüstungsetat, der 600 Mrd. Franc jährlich beträgt, für Rüstungen ausgeben. Schon das Wort Billionen läßt uns Deutsche erschauern, wenn wir nämlich an das Jahr 1933 zurückdenken. Frankreich hat vor einigen Tagen (Näheres siehe auf Seite 5) dem Goldstandard seiner Nationalbank „verabschiedet“, d. h. sehr viel höher bewertet. Nun bedeutet das heute nicht unbedingt Inflations. Inwieweit können also unsere Erwartungen an 1950 zu einem falschen Scheitern führen. Immerhin ist mit dieser „Neubewertung“ der Mittelökonomie ein monetäres Politik gegeben, die das Rüstungsprogramm von der Geldseite her nicht behindert.

10 Prozent vom Volkseinkommen

Sehr viel klarer wird die Belastung, wenn man das Volkseinkommen heranzieht. Die Franzosen haben sich bereit erklärt, bis zu 10% ihres Volkseinkommens für ihre Verteidigung auszugeben, auf der gleichen Höhe liegt die Belastung, die die Engländer zu tragen bereit sind. In England hat sich diese Zahl von bisher 7% auf die gleichen 10% erhöht, die man von nun an ausgeben bereit ist. Man spricht hier in eine Besserung der Lage der Arbeiter durch Sozialisierung glauben. 1950 waren es schon 34% in Berlin. Der Prozentsatz der Beibehaltung der vollen Sozialisierung von 22 auf 11% gesunken. Nun kommt das Wohlgehe: 1947 traten von den Mitgliedern der SPD noch 30% für eine Sozialisierung ein, 1950 nur noch 28%.

Wer zahlt die höchsten Steuern?

Es mag an dieser Stelle eine Einschaltung gestattet sein. Vom Deutschen Institut „Finanzen und Steuern“ ist jetzt erschienen worden, daß der Anteil der Steuer- und Sozialbelastung

Unheil Lastenausgleich

Es schwebt noch ein gewisses Geheimnis über dem endgültigen Lastenausgleich. Was bisher durchgeklärt ist, haben wir schon immer an dieser Stelle als ungeheuerlich bezeichnet. Die Belastungen werden für die Wirtschaft viel zu hoch sein, und mancher Betrieb wird durch diese neue Steuer zum Erliegen kommen.

Das Ungewöhnliche aber ist, wenn die Angaben für den Lastenausgleich erhoben werden ohne Rücksicht auf die Verluste, die der betreffende Eigentümer oder Firma durch Kriegsschäden erlitten hat. Es sind uns in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten Zuschriften zugegangen, die uns darum bitten, diese Absichten zu kritisieren. In einem solchen Brief heißt es: „Es widerspricht jeglichem Gerechtigkeitssinn, und ist ein Hohn auf das Wort Lastenausgleich, wenn ein Unternehmen, das durch Diktaturenverluste in der Ostzone, Fliegergeschäden und Bombentagen fast das ganze Eigenkapital verloren hat, von dem geringen verbleibenden Restvermögen noch Zahlungen leisten soll, die proportional fast gleich sind mit den Zahlungen anderer Unternehmen, die das Glück hatten, durch den Krieg fast nichts verloren zu haben.“

Die Wirtschaftsrevue gehört zu den wenigen Blättern, die von Anfang an vor dem Lastenausgleich gewarnt haben. Wir brauchen also unseren Lesern gegenüber unseren Standpunkt nicht mehr zu präzisieren. Wir sammeln nun nur noch die warnenden Aufmerksamkeiten, die uns bekannt werden. Im heiligen Schöße der Regierung ist das Unheil — anders kann man es nicht bezeichnen — längst beschlossen. Man wird von der Wirtschaft den neuen Adressat verlangen, und man wird die Folgen erst sehen, wenn es zu spät ist. Für die unglücklichen Personen, die alles verloren haben, wird doch nur ein Almosen übrig bleiben — und das Almosen ist nicht Recht — und das Almosen ist nicht Recht. Das ist das Allerbedauerlichste an diesem Komplex.

Berliner Brief: Bleibt Berlin das Armenhaus Deutschlands?

Robstoffe und Aufträge fehlen — Sommerschlafverkauf — Wachblösung bei Helmsdorf

Seit Monaten besteht ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Spinnerei der Westberliner Verwaltung in Berlin nach Bonn, um die für die Westberliner Wirtschaft notwendigen finanziellen Zuschüsse immer weniger zu erhalten. Dem unglücklichen Bewohner drängt sich dabei die Vorstellung auf, daß hier mit viel Aufwand ein relativ mageres Ergebnis erzielt wird. Letzten Endes kann es nicht der Zweck einer Hilfe sein, die Kaufkraft der Bevölkerung über die Arbeitslosenunterstützung durch finanzielle Zuzahlen des Westens zu erhalten. Wesentlich mehr es, wenn die Westberliner Industrie in ausreichendem Maße Rohstoffe erhalte, und was noch wichtiger ist, die für die Verarbeitung dieser Rohstoffe notwendigen Aufträge.

Bisher hat man die Praxis verfolgt, westdeutsche Nahrungsmittel, Gewandstoffe, Textilien und Schuhe nach Westberlin zu bringen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in die Lage versetzt wurde, diese Waren zu kaufen. Das scheint es, daß man hier das Pferd beim Schwanz aufgefassen hat. Wenn es nicht gelang, die Industriehilfen Westberlin zum Stand zu haben, der die Zahlung von Rohstoffen unmöglich macht, wird diese Idee demnächst freilich auch westdeutsche Rohstoffe Deutschlands kosten.

In dieser Woche beginnt der Sommerschlafverkauf der Westberliner Handel. Mit einem großen Aufwand von Werbung bemüht sich der Handel, Käufer anzulocken, und die in den Schaufenstern ausgestellten Waren sind zum mindesten teilweise zu erstaunlich niedrigen Preisen angeboten. So Staatsfische mit 1,90 DM, oder Bismarckbier mit 0,33 DM etc. Ein Kleid aus Leinwand, das vorher 7,50 DM kostete, ist zu dem erstaunlich niedrigen Preis von 7,50 DM anzubieten. Krawatten sind bereits für 0,75 DM zu haben, und Bonzenhosen in hellen Farben für 4 DM. Für Herren und Frauen muß man von

nicht näher eingehen, weil dies zu weit führen würde. Es scheint uns aber gerade an dieser Stelle und heute besonders notwendig, die erwähnten Zahlen einmal gegenüberzustellen.

Zusätzliche Kapazitäten

Es steht also fest, daß die großen Länder Westeuropas in den nächsten Jahren größere Teile ihres Volkseinkommens nicht konsumieren und nicht sparen können, sondern für ihre Verteidigung ausgeben, die keinen wirtschaftlichen Wert darstellt. Es ist wahrscheinlich, daß sich das Volkseinkommen dieser Länder in den nächsten Jahren trotzdem weiter erhöhen wird und daß diese Zuwächse wahrscheinlich ausreichen wird, um die geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben zu bezahlen. Man darf darüber hinaus nicht außer acht lassen, daß zusätzliche Rüstungsproduktion, zumal bei der vollbeschäftigten englischen und französischen Wirtschaft, die Errichtung neuer Industriekapazitäten notwendig mit sich bringt. Diese neuen Kapazitäten stellen einen Teil des Volkseinkommens dar, das also zumindest um den Betrag steigt,

Kein Interesse an Sozialisierung

Ämtliche Meinungsforscher aus den USA haben in den letzten 3 Jahren mehrfach Umfragen in der deutschen Bevölkerung veranstaltet, wie man zur Sozialisierung steht. Nach den letzten Umfragen nun wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Einwohner des amerikanischen Besatzungsgebiets nicht mehr daran glaubt, es werde dem Arbeiter wirtschaftlich besser gehen, wenn die Industrie sozialisiert würde. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat sich also die Meinung des deutschen Volkes in den letzten 3 Jahren erheblich verändert zugunsten der Sozialisierung. 1947 waren es nur 41%, die nicht an eine Besserung der Lage der Arbeiter durch Sozialisierung glaubten. 1950 waren es schon 54% in Berlin. Der Prozentsatz der Befürworter der vollen Sozialisierung von 22 auf 11% gesunken. Nun kommt das Wohlgehe: 1947 traten von den Mitgliedern der SPD noch 30% für eine Sozialisierung ein, 1950 nur noch 28%.

Inzwischen ist, wie wir der FAZ entnehmen, ein interessanter Prozeß eingeleitet. Die Kaiser Verkehr-AG, die in Kassel die Straßenbahn und andere Verkehrsmittel und ist eine private Gesellschaft. Durch Artikel 41 der deutschen Verfassung wurde bestimmt, daß die in Kassel im Schienen- und Oberleitung gebundenen Verkehrsmittel in das Gemeineigentum überzuführen seien. Also, sagt das Land Hessen, gehört mit dem Tage des Inkrafttretens der Verfassung diese Aktiengesellschaft dem Land Hessen. Die juristische Seite dieses Prozesses interessiert uns hier nicht. Es geht es um, als ob es noch einmal gut ginge; denn Bundesrecht bricht Landesrecht, und es könnte so entschieden werden, daß der besagte Artikel 41 mit Inkrafttreten des Grundgesetzes automatisch außer Kraft gesetzt ist.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

nicht näher eingehen, weil dies zu weit führen würde. Es scheint uns aber gerade an dieser Stelle und heute besonders notwendig, die erwähnten Zahlen einmal gegenüberzustellen.

Zusätzliche Kapazitäten

Es steht also fest, daß die großen Länder Westeuropas in den nächsten Jahren größere Teile ihres Volkseinkommens nicht konsumieren und nicht sparen können, sondern für ihre Verteidigung ausgeben, die keinen wirtschaftlichen Wert darstellt. Es ist wahrscheinlich, daß sich das Volkseinkommen dieser Länder in den nächsten Jahren trotzdem weiter erhöhen wird und daß diese Zuwächse wahrscheinlich ausreichen wird, um die geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben zu bezahlen. Man darf darüber hinaus nicht außer acht lassen, daß zusätzliche Rüstungsproduktion, zumal bei der vollbeschäftigten englischen und französischen Wirtschaft, die Errichtung neuer Industriekapazitäten notwendig mit sich bringt. Diese neuen Kapazitäten stellen einen Teil des Volkseinkommens dar, das also zumindest um den Betrag steigt,

Kein Interesse an Sozialisierung

Ämtliche Meinungsforscher aus den USA haben in den letzten 3 Jahren mehrfach Umfragen in der deutschen Bevölkerung veranstaltet, wie man zur Sozialisierung steht. Nach den letzten Umfragen nun wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Einwohner des amerikanischen Besatzungsgebiets nicht mehr daran glaubt, es werde dem Arbeiter wirtschaftlich besser gehen, wenn die Industrie sozialisiert würde. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat sich also die Meinung des deutschen Volkes in den letzten 3 Jahren erheblich verändert zugunsten der Sozialisierung. 1947 waren es nur 41%, die nicht an eine Besserung der Lage der Arbeiter durch Sozialisierung glaubten. 1950 waren es schon 54% in Berlin. Der Prozentsatz der Befürworter der vollen Sozialisierung von 22 auf 11% gesunken. Nun kommt das Wohlgehe: 1947 traten von den Mitgliedern der SPD noch 30% für eine Sozialisierung ein, 1950 nur noch 28%.

Inzwischen ist, wie wir der FAZ entnehmen, ein interessanter Prozeß eingeleitet. Die Kaiser Verkehr-AG, die in Kassel die Straßenbahn und andere Verkehrsmittel und ist eine private Gesellschaft. Durch Artikel 41 der deutschen Verfassung wurde bestimmt, daß die in Kassel im Schienen- und Oberleitung gebundenen Verkehrsmittel in das Gemeineigentum überzuführen seien. Also, sagt das Land Hessen, gehört mit dem Tage des Inkrafttretens der Verfassung diese Aktiengesellschaft dem Land Hessen. Die juristische Seite dieses Prozesses interessiert uns hier nicht. Es geht es um, als ob es noch einmal gut ginge; denn Bundesrecht bricht Landesrecht, und es könnte so entschieden werden, daß der besagte Artikel 41 mit Inkrafttreten des Grundgesetzes automatisch außer Kraft gesetzt ist.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

In dieser Nummer:

- Deutschland als Kunde für Schweden...
- Die Klindigkeit des Bauarbeiterlöhns...
- USA bereiten Ausfuhrbeschränkungen vor...
- Neubewertung der französischen Golddeckung...
- Italiens Industrieproduktion steigt...
- Schweizer Außenhandel im 1. Halbjahr...
- Europäische Aluminium-Union...

mit dem diese zusätzliche Kapazität später einmal auf Friedensproduktion umgestellt werden kann. Daß dies weitgehend möglich ist, haben wir in Deutschland in den letzten Jahren am besten feststellen können.

Von Opfern zu sprechen dürfte also — wenigstens heute noch — zu früh sein. Jedoch ist heute, bei allen europäischen Ländern außerdem noch die Möglichkeit, durch Verminderung der Verwaltungskosten des Staatsapparates Einsparungen vorzunehmen, aber, wie wir das im Leitartikel näher erläutern, wird wohl in keinem der besetzten Länder daran gedacht, sondern umgekehrt: man wird neue berufliche Stellen schaffen, die den zusätzlichen Rüstungsaufwand decken. Das Anschwellen der Verwaltungen ist eine Krankheit, von der die westliche Welt ebenso wie die östliche befallen ist.

Deutscher Optimismus

Es ist verständlich, daß sich in Deutschland ein wirtschaftlicher Optimismus immer mehr Bahn bricht. An dem deutschen Börsen war in der vergangenen Woche durchweg freundliche Stimmung und die Kurse zeigten steigende Tendenz. Es ist inzwischen die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß man in Westdeutschland mit stolzen Schritten eine Konjunktur zu steuern ist. Es ist aber nicht nur die optimistische Rede des Bundeswirtschaftsministers, sondern es sind die Tatsachen, die diesen Optimismus begründen, erlauben lassen. Die Zahl der Beschäftigten hat im zweiten Vierteljahr 1950 weiter um rund eine halbe Million Menschen zugenommen. Die Exportleistung ist im Juli ein Auftragsprogramm im Juli in Höhe von 1,5 Mill. Tonnage, davon allein eine

Berliner Brief: Bleibt Berlin das Armenhaus Deutschlands?

Robstoffe und Aufträge fehlen — Sommerschlafverkauf — Wachblösung bei Helmsdorf

Seit Monaten besteht ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Spinnerei der Westberliner Verwaltung in Berlin nach Bonn, um die für die Westberliner Wirtschaft notwendigen finanziellen Zuschüsse immer weniger zu erhalten. Dem unglücklichen Bewohner drängt sich dabei die Vorstellung auf, daß hier mit viel Aufwand ein relativ mageres Ergebnis erzielt wird. Letzten Endes kann es nicht der Zweck einer Hilfe sein, die Kaufkraft der Bevölkerung über die Arbeitslosenunterstützung durch finanzielle Zuzahlen des Westens zu erhalten. Wesentlich mehr es, wenn die Westberliner Industrie in ausreichendem Maße Rohstoffe erhalte, und was noch wichtiger ist, die für die Verarbeitung dieser Rohstoffe notwendigen Aufträge.

Bisher hat man die Praxis verfolgt, westdeutsche Nahrungsmittel, Gewandstoffe, Textilien und Schuhe nach Westberlin zu bringen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in die Lage versetzt wurde, diese Waren zu kaufen. Das scheint es, daß man hier das Pferd beim Schwanz aufgefassen hat. Wenn es nicht gelang, die Industriehilfen Westberlin zum Stand zu haben, der die Zahlung von Rohstoffen unmöglich macht, wird diese Idee demnächst freilich auch westdeutsche Rohstoffe Deutschlands kosten.

In dieser Woche beginnt der Sommerschlafverkauf der Westberliner Handel. Mit einem großen Aufwand von Werbung bemüht sich der Handel, Käufer anzulocken, und die in den Schaufenstern ausgestellten Waren sind zum mindesten teilweise zu erstaunlich niedrigen Preisen angeboten. So Staatsfische mit 1,90 DM, oder Bismarckbier mit 0,33 DM etc. Ein Kleid aus Leinwand, das vorher 7,50 DM kostete, ist zu dem erstaunlich niedrigen Preis von 7,50 DM anzubieten. Krawatten sind bereits für 0,75 DM zu haben, und Bonzenhosen in hellen Farben für 4 DM. Für Herren und Frauen muß man von

nicht näher eingehen, weil dies zu weit führen würde. Es scheint uns aber gerade an dieser Stelle und heute besonders notwendig, die erwähnten Zahlen einmal gegenüberzustellen.

Es steht also fest, daß die großen Länder Westeuropas in den nächsten Jahren größere Teile ihres Volkseinkommens nicht konsumieren und nicht sparen können, sondern für ihre Verteidigung ausgeben, die keinen wirtschaftlichen Wert darstellt. Es ist wahrscheinlich, daß sich das Volkseinkommen dieser Länder in den nächsten Jahren trotzdem weiter erhöhen wird und daß diese Zuwächse wahrscheinlich ausreichen wird, um die geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben zu bezahlen. Man darf darüber hinaus nicht außer acht lassen, daß zusätzliche Rüstungsproduktion, zumal bei der vollbeschäftigten englischen und französischen Wirtschaft, die Errichtung neuer Industriekapazitäten notwendig mit sich bringt. Diese neuen Kapazitäten stellen einen Teil des Volkseinkommens dar, das also zumindest um den Betrag steigt,

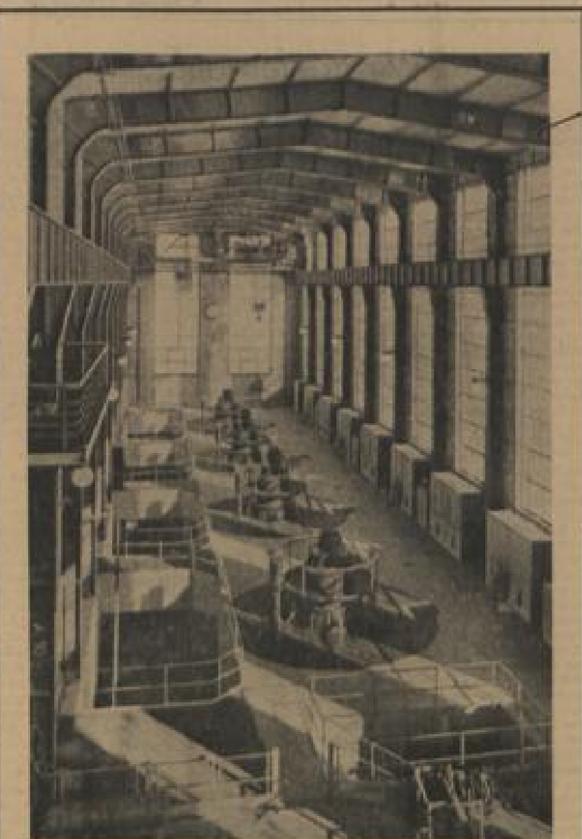
Kein Interesse an Sozialisierung

Ämtliche Meinungsforscher aus den USA haben in den letzten 3 Jahren mehrfach Umfragen in der deutschen Bevölkerung veranstaltet, wie man zur Sozialisierung steht. Nach den letzten Umfragen nun wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Einwohner des amerikanischen Besatzungsgebiets nicht mehr daran glaubt, es werde dem Arbeiter wirtschaftlich besser gehen, wenn die Industrie sozialisiert würde. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat sich also die Meinung des deutschen Volkes in den letzten 3 Jahren erheblich verändert zugunsten der Sozialisierung. 1947 waren es nur 41%, die nicht an eine Besserung der Lage der Arbeiter durch Sozialisierung glaubten. 1950 waren es schon 54% in Berlin. Der Prozentsatz der Befürworter der vollen Sozialisierung von 22 auf 11% gesunken. Nun kommt das Wohlgehe: 1947 traten von den Mitgliedern der SPD noch 30% für eine Sozialisierung ein, 1950 nur noch 28%.

Inzwischen ist, wie wir der FAZ entnehmen, ein interessanter Prozeß eingeleitet. Die Kaiser Verkehr-AG, die in Kassel die Straßenbahn und andere Verkehrsmittel und ist eine private Gesellschaft. Durch Artikel 41 der deutschen Verfassung wurde bestimmt, daß die in Kassel im Schienen- und Oberleitung gebundenen Verkehrsmittel in das Gemeineigentum überzuführen seien. Also, sagt das Land Hessen, gehört mit dem Tage des Inkrafttretens der Verfassung diese Aktiengesellschaft dem Land Hessen. Die juristische Seite dieses Prozesses interessiert uns hier nicht. Es geht es um, als ob es noch einmal gut ginge; denn Bundesrecht bricht Landesrecht, und es könnte so entschieden werden, daß der besagte Artikel 41 mit Inkrafttreten des Grundgesetzes automatisch außer Kraft gesetzt ist.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.



Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf Seite 1 ist dem Schiffsbau gewidmet, wo Deutschlands Bedarfspotentialstrom erzeugt wird. Das Bild hier zeigt die Maschinenhalle des Kraftwerks Häusern, die Generalbauern bauten die Firmen Brown Boveri & Cie. und Siemens-Schuckert-Werke

Ohne Bewirtschaftung!

Es läßt uns auf, daß man jetzt in Deutschland schon wieder das Wirtschaftswort viel im Munde führt. Das ist schon so weit gegangen, daß ein großer Verband erklären mußte, er lehne jede Bewirtschaftung ab, da man ohne sie besser auskäme.

Wir finden diese Zug zur Bewirtschaftung ebenfalls merkwürdig, weil ein dem so begründet wird, daß ja die USA auch zu dieser Bewirtschaftung übergehen werden und müssen. In dieser Begründung liegt eine gewisse Fehlschlus. Damals, als wir die Bewirtschaftung hatten, hatten die USA, wie nicht, damals sagte man uns: wir müssen die Bewirtschaftung haben, weil die Waren knapp sind. Jetzt sagt man nicht, daß die Waren knapp sind — weil sie es ja auch gar nicht sind. Jetzt muß man also ein anderes Argument herauswachen; denn die Hauptache ist, daß wieder bewirtschaftet werden soll.

Wir wollen hier keine lange psychologische Studie darüber schreiben, warum in Deutschland immer noch die Mentalität zur Bewirtschaftung besteht. Ob es Macht der Gewohnheit, oder ob es die Unterthanenbewußtsein einerseits und die Machtanspruch der entsprechenden Staatsapparate andererseits ist, das soll der Leser selbst entscheiden.

Viel wichtiger ist die Feststellung, daß die USA bisher noch gar nicht mit der Bewirtschaftung begonnen haben — aber wir schon ernsthaft davon sprechen. Es ist möglich, und wahrscheinlich, daß man in den USA auf einigen Gebieten zu einer Art Bewirtschaftung kommt, aber warum soll dies unbedingt gleich auch für uns gelten? Dagegen die gleichen Leute, jedenfalls die Leute gleicher Mentalität, haben es, als die US-Besatzung die Wiedereinführung der vollen Gewerbefreiheit in Deutschland verlangt, gesagt, ein Wirtschaftssystem, das für die USA richtig sei, sei noch keineswegs für Deutschland richtig. Wirklich ist, daß heute die gleichen Leute die Notwendigkeit einer Bewirtschaftung damit begründen, daß sie in den USA notwendig und wahrscheinlich auch durchgeführt werde.

Dabei ist die Situation in Deutschland ganz anders als in den USA. Unsere Industriekapazität ist noch keineswegs überall voll ausgenutzt. Wir haben immer noch knapp 1 1/2 Millionen Arbeitslose. Unser Export hat zwar in den letzten halben Jahr eine Verdoppelung erfahren, aber noch langt nicht die Höhe erreicht, die von uns auf Grund unserer Doppelchilanz verlangt wird oder gar die möglich ist. Unser Wohnungsbauprogramm läuft gerade erst an.

In einer solchen Situation, also bei einem so stark substeigenden Beschäftigungswachstum würde es gegen alle Regeln verstoßen, eine Bewirtschaftung einzuführen. Bei uns ist die Beschäftigung künstlich gedrosselt, bei den USA sind die Maschinen, nach der bekannten amtlichen Statistik, zu mehr als 100% ausgenutzt. Wir in Deutschland müssen die Industrie nicht auf zusätzliche Rüstungsaufträge umstellen,

Wir können nur hoffen — und diese Hoffnung hat eine gewisse Berechtigung — daß unsere Industrie im Laufe der kommenden Entwicklung endlich zur vollen Ausnutzung gelangen wird, indem wir nämlich die großen Aufträge übernehmen, die die anderen europäischen Länder, insbesondere England und Frankreich, wegen ihrer teilweise Umstellung auf Rüstungsproduktion nicht mehr verkraften können.

Es weiß jeder, daß wir den Aufschwung unserer Wirtschaft nur der Wirtschaftspolitik der freien Marktwirtschaft verdanken. Weiter hat zwischen jeder gemerkt, daß die Verdoppelung unseres Exports allein auf die Liberalisierung des Außenhandels zurückzuführen ist. Eine weitere Steigerung unserer Produktion und unseres Exports ist nur auf diesem Wege möglich. Der Aufstieg wird so lange weitergehen, wie kein Eingriff von seiten des Staates erfolgt.

Nun wird eingewandt: ja, aber die Rohstoffe. Es hat Handelskrisis sowohl in Lebensmitteln wie in Rohstoffen gegeben, aber sie haben sowohl international wie in Deutschland bereits aufgehört. Der Leser schlage heute die Seite 7 dieser Ausgabe auf und er wird feststellen, daß die Häuser auf den Warenmärkten, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ihren Höchstpreis bereits überschritten hat. Am auffallendsten ist der Rückgang der Preise für Baumwolle — ein Rohstoff, der auch gehandelt und übermäßig getauscht wurde. Sogar in Kaschmir ist nur noch für nahe Sicht eine Steigerung der Preise festzustellen; wenn in einigen Wochen die synthetischen Werke in den USA in Gang kommen, wird auch hier der Preis wieder absinken. Nicht einmal Erdöl ist knapp — und Erdöl ist doch wohl der wichtigste Rohstoff, wenn man daran denken muß, einen Krieg zu führen.

Jeder unserer Leser weiß, daß die USA seit Jahren hohe Vorräte sammeln. Es ist bekannt, daß in manchen Rohstoffen, die kriegerisch sind, große Mengen in der Welt lagern. Die Meere sind frei und Schiffe sind genug da, die Situation ist also ganz anders wie in jeder vergleichbar früheren Zeit.

Es kommt hinzu, daß England und Frankreich ihre Produktion weit über das Verbrauchsniveau erhöht haben. Das gilt auch für andere Länder Europas. Die Kriegsschäden sind längst in den anderen Ländern Europas beseitigt. Auch darin steht also Europa wesentlich günstiger da als in zuvor.

Man wird uns gern die Rohstofffrage liefern, die wir brauchen, um das produzieren zu können, was die westliche Welt von uns wünscht. Wir haben die Chance, unsere Kapazitäten voll auszunutzen und — sehr wahrscheinlich — zu erweitern. Es wird Rohstoffprobleme geben, aber mehr nach der Preis- als nach der Mengenart. Diese mit den Mitteln der Bewirtschaftung zu lösen, ist unmöglich, je weniger wir uns an die Lösung mit Hilfe der freien Marktwirtschaft denken, um so eher werden wir sie meistern. Darin liegt die zweite Chance, die wir nutzen können, und sollten.

Berliner Brief: Bleibt Berlin das Armenhaus Deutschlands?

Robstoffe und Aufträge fehlen — Sommerschlafverkauf — Wachblösung bei Helmsdorf

Seit Monaten besteht ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Spinnerei der Westberliner Verwaltung in Berlin nach Bonn, um die für die Westberliner Wirtschaft notwendigen finanziellen Zuschüsse immer weniger zu erhalten. Dem unglücklichen Bewohner drängt sich dabei die Vorstellung auf, daß hier mit viel Aufwand ein relativ mageres Ergebnis erzielt wird. Letzten Endes kann es nicht der Zweck einer Hilfe sein, die Kaufkraft der Bevölkerung über die Arbeitslosenunterstützung durch finanzielle Zuzahlen des Westens zu erhalten. Wesentlich mehr es, wenn die Westberliner Industrie in ausreichendem Maße Rohstoffe erhalte, und was noch wichtiger ist, die für die Verarbeitung dieser Rohstoffe notwendigen Aufträge.

Bisher hat man die Praxis verfolgt, westdeutsche Nahrungsmittel, Gewandstoffe, Textilien und Schuhe nach Westberlin zu bringen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung in die Lage versetzt wurde, diese Waren zu kaufen. Das scheint es, daß man hier das Pferd beim Schwanz aufgefassen hat. Wenn es nicht gelang, die Industriehilfen Westberlin zum Stand zu haben, der die Zahlung von Rohstoffen unmöglich macht, wird diese Idee demnächst freilich auch westdeutsche Rohstoffe Deutschlands kosten.

In dieser Woche beginnt der Sommerschlafverkauf der Westberliner Handel. Mit einem großen Aufwand von Werbung bemüht sich der Handel, Käufer anzulocken, und die in den Schaufenstern ausgestellten Waren sind zum mindesten teilweise zu erstaunlich niedrigen Preisen angeboten. So Staatsfische mit 1,90 DM, oder Bismarckbier mit 0,33 DM etc. Ein Kleid aus Leinwand, das vorher 7,50 DM kostete, ist zu dem erstaunlich niedrigen Preis von 7,50 DM anzubieten. Krawatten sind bereits für 0,75 DM zu haben, und Bonzenhosen in hellen Farben für 4 DM. Für Herren und Frauen muß man von

nicht näher eingehen, weil dies zu weit führen würde. Es scheint uns aber gerade an dieser Stelle und heute besonders notwendig, die erwähnten Zahlen einmal gegenüberzustellen.

Es steht also fest, daß die großen Länder Westeuropas in den nächsten Jahren größere Teile ihres Volkseinkommens nicht konsumieren und nicht sparen können, sondern für ihre Verteidigung ausgeben, die keinen wirtschaftlichen Wert darstellt. Es ist wahrscheinlich, daß sich das Volkseinkommen dieser Länder in den nächsten Jahren trotzdem weiter erhöhen wird und daß diese Zuwächse wahrscheinlich ausreichen wird, um die geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben zu bezahlen. Man darf darüber hinaus nicht außer acht lassen, daß zusätzliche Rüstungsproduktion, zumal bei der vollbeschäftigten englischen und französischen Wirtschaft, die Errichtung neuer Industriekapazitäten notwendig mit sich bringt. Diese neuen Kapazitäten stellen einen Teil des Volkseinkommens dar, das also zumindest um den Betrag steigt,

Kein Interesse an Sozialisierung

Ämtliche Meinungsforscher aus den USA haben in den letzten 3 Jahren mehrfach Umfragen in der deutschen Bevölkerung veranstaltet, wie man zur Sozialisierung steht. Nach den letzten Umfragen nun wurde festgestellt, daß die Mehrheit der Einwohner des amerikanischen Besatzungsgebiets nicht mehr daran glaubt, es werde dem Arbeiter wirtschaftlich besser gehen, wenn die Industrie sozialisiert würde. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat sich also die Meinung des deutschen Volkes in den letzten 3 Jahren erheblich verändert zugunsten der Sozialisierung. 1947 waren es nur 41%, die nicht an eine Besserung der Lage der Arbeiter durch Sozialisierung glaubten. 1950 waren es schon 54% in Berlin. Der Prozentsatz der Befürworter der vollen Sozialisierung von 22 auf 11% gesunken. Nun kommt das Wohlgehe: 1947 traten von den Mitgliedern der SPD noch 30% für eine Sozialisierung ein, 1950 nur noch 28%.

Inzwischen ist, wie wir der FAZ entnehmen, ein interessanter Prozeß eingeleitet. Die Kaiser Verkehr-AG, die in Kassel die Straßenbahn und andere Verkehrsmittel und ist eine private Gesellschaft. Durch Artikel 41 der deutschen Verfassung wurde bestimmt, daß die in Kassel im Schienen- und Oberleitung gebundenen Verkehrsmittel in das Gemeineigentum überzuführen seien. Also, sagt das Land Hessen, gehört mit dem Tage des Inkrafttretens der Verfassung diese Aktiengesellschaft dem Land Hessen. Die juristische Seite dieses Prozesses interessiert uns hier nicht. Es geht es um, als ob es noch einmal gut ginge; denn Bundesrecht bricht Landesrecht, und es könnte so entschieden werden, daß der besagte Artikel 41 mit Inkrafttreten des Grundgesetzes automatisch außer Kraft gesetzt ist.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Man kann also verstehen, warum die öffentliche Meinung in Deutschland sich immer stärker von der Sozialisierung abwendet. Es zeigt sich eben immer wieder, daß die Sozialisierung nicht im Interesse des allgemeinen Wohls ist und daß Betriebe durch Besatzung meist schlechter gestellt werden als durch Kaufleute.

Was viel interessanter ist: in den Monaten Januar und Februar 1948, als die Kaiser Verkehr-AG noch private Gesellschaft war, hatte sie monatlich einen Überschuß von 120 000 DM; in den gleichen Monaten 1950, als sie von einem Preisdändler regiert wurde, brachte sie es auf ein Defizit von monatlich 59 000 DM, obwohl die Straßenbahnfahrkarte in Kassel inzwischen erhöht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer teilweise verbessert worden sind.</

USA bereiten Ausfuhrbeschränkungen vor

Das nordamerikanische Handelsministerium befaßt sich derzeit mit Plänen über eine Verschärfung der Ausfuhrkontrollen für strategische Roh- und Grundstoffe sowie Halb- und Fertigwaren, verläuft aus gut unterrichteten Kreisen. Bisher unterliegen bereits etwa 800 verschiedene Güter der Lizenzierungspflicht bei der Ausfuhr. Über den Umfang der neuen Liste, die zu diesem 800 hinzugefügt werden soll, ist noch nichts in die Öffentlichkeit durchgedrungen; es ist deshalb auch nicht möglich, etwas darüber auszusagen, wie weit die nordamerikanische Ausfuhr durch diese neue Maßnahme in Mitleidenschaft gezogen wird. Man ist jedoch der Ansicht, daß sich die neuen nordamerikanischen Ausfuhrbeschränkungen auf die Verschiffungen der USA im Rahmen des ERP-Programmes kaum, wenn überhaupt, auswirken werden.

OEEC vor veränderten Aspekten

Die Ereignisse in Korea haben nicht nur das ursprüngliche Ziel der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) — die Schließung der Dollarlücke — in den Hintergrund treten lassen, sondern auch die Mittel und Wege zur Lösung der fundamentalen Probleme einer tiefgreifenden Änderung unterworfen, heißt es in einem Artikel der Londoner „Financial Times“ über die veränderte Lage, der sich die OEEC gegenüber sieht. Das Blatt schreibt weiterhin: „Führende internationale Sachverständige stimmen in der Meinung überein, daß gewisse Probleme, die bisher sehr viel Kopfschmerzen“

brachen verursacht haben, jetzt ihrer Lösung näher gerückt sind. Als Beispiel zitiert die die Vollbeschäftigung und — mit Vorbehalt — die Dollarlücke. Andererseits sind neue und unerwartete Hindernisse aufgetreten, wie zum Beispiel die Knappheit der Schlüsselrohstoffe, die Schwierigkeit, die Ausrüstung mit der Befriedigung der zivilen und Wiederaufbau-Bedürfnisse zu vereinen, die Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards für die europäische Bevölkerung und die Gefahr einer des guten Koalition-Geistes infolge französischer Esprit- und anderer Waren, die die Ansicht, daß das beste und einzige Mittel, der neuen Situation Herr zu werden, die Verschmelzung der Marshallhilfe mit dem Waffenhilfe-programm der USA sei, so daß OEEC und ECA eine stark erweiterte Rolle zu spielen hätten.“

Die OEEC-Politiker warten jetzt auf eine neue Direktive, die die künftige Arbeit ausrichten soll und die nach Lage der Dinge wesentlich von Washington bestimmt wird. Das britische Blatt bringt die kürzliche Reise des neuen ERP-Sonderbotschafters, Milton Katz nach London und Paris mit diesen Gedankenanklagen in Verbindung.

Europa als Zulieferer für US-Fahrzeugindustrie

Europa ist nicht nur ein potentieller Markt für noch größere amerikanische Ausfuhr als bisher, sondern auch eine potentielle Quelle für Zulieferungen an die amerikanische Fahrzeugindustrie. Diese Ansicht sprach der Präsident der „Frühjahr Trailer Com-

pany“, Roy Frühau, am Wochenende in einem in der „New York Times“ veröffentlichten Interview aus. Die amerikanische Transportmittelindustrie hat seiner Meinung nach bisher nur wenig in Europa gekauft. Frühau hat Fabriken in Frankreich und anderen europäischen Ländern besucht, die Waren herstellen, die in den USA gegenwärtig knapp sind, aber von der amerikanischen Lastwagen- und Anhängerindustrie benötigt werden, insbesondere Werkzeuge, Spritzfarben und Spezialabzieher. Nach Ansicht Frühaus würden europäische Lieferungen in diesem Umfang in den USA überwindlich helfen, sondern auch die europäischen Lieferländer mittels höherer

Deutschland als Kunde für Schweden-Erz

In den letzten Monaten haben die Eisenerzlieferungen von den schwedischen Häfen nach der Bundesrepublik wieder zugenommen. Insgesamt sind Lieferverträge über rund 4,6 Mill. t über Ausländer abgeschlossen worden, an denen Schweden mit rund 3,5 Mill. t oder 71% beteiligt ist. Darunter werden noch Eisenerze aus Spanien, Brasilien und anderen Ländern geliefert. Die Anfang Juli waren rund 1,4 Mill. t in den Rhein-Ruhr-Häfen umgeschlagen worden. Mit einigen mittel-schwedischen Eisenerzgruben schweden zur Zeit noch Verhandlungen über Eisenerzlieferungen für die Bundesrepublik. Das schwedische Eisenerz hat für die europäische Eisen- und Stahlindustrie genauere geat, für die deutsche Stahlindustrie, seit der Jahrhundertwende ausschlaggebende Bedeutung gewonnen. So nahm Deutschland von 11,8 Mill. t schwedischen Eisenerzes im Jahre 1935 allein nicht weniger als 8,13 Mill. t auf. Während des Krieges, im Jahre 1938, waren es rund 10 Mill. t und 1940 8,9 Mill. t. Im Gegengeschäft lieferte Deutschland dafür 1009 an Schweden 893.000 t Koks und diese Lieferungen erhöht sich 1940 bereits auf 1,3 Mill. t.

Der Krieg hat das politische und wirtschaftliche Gesicht Europas so weitgehend verändert, daß auch der schwedische Eisenerzbergbau nach Kriegsende schwer in Mitleidenschaft gezogen war. Die schwedischen Eisenerzlieferungen beliefen sich 1945 auf nur 1,24 Mill. t, stiegen 1946 auf 3,32 Mill. t, 1947 weiter auf 8,10 Mill. t und erreichten 1948 bereits wieder 11,53 Mill. t. An die Stelle Deutschland waren als Bestiefer schwedischer Eisenerze in der Zeit nach dem Krieg eine Reihe anderer europäischer Länder getreten, die beträchtliche Ausfuhrmengen ihrer Eisen- und Stahlerzeugung hatten. So nahm England 1948 3,23 Mill. t, Belgien 1,87 Mill. t, die Tschechoslowakei 1,11 Mill. t, Polen 725.000 t und Holland 300.000 t auf. Damit hatte der schwedische Eisenerzbergbau sich andere Absatzgebiete erschlossen, wobei man allerdings berücksichtigen mag, daß sein Interesse doch auf eine Wiederanknüpfung der früheren Geschäftsverbindungen mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gerichtet ist.

Das schwedische Eisenerz ist zweifellos dazu berufen, in Zukunft im Rahmen des Europa-Hilfsprogrammes eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau der deutschen Stahlerzeugung zu spielen. Die Schätzungen über den Umfang der schwedischen Eisenerzlieferungen schwanken erheblich. Die Vorkommen in Lappland, nördlich des Polarkreises, die hochphosphorhaltigen Erze enthalten, werden als praktisch unerschöpflich angesehen. Die Förderung wird in der Hauptsache exportiert. Man schätzt die Eisenerzreserven des Kiruna-Granges-Feldes auf über eine Mill. t. Die Reserven der Vorkommen von Gällivare werden auf rund 400 Mill. t, die Reserven weiterer Vorkommen im Norden des Landes enthalten noch einmal rund 100 Mill. t.

Das zweite große Eisenerzgebiet liegt in Mittelschweden, nordwestlich von Stockholm und nördlich des Vänern-Sees. Es erstreckt sich etwa 100 km nordöstlich und ostwärts. Einige der Minen enthalten komplexe Erze mit verschiedenen Gehalten an Silizium, Tonerde, Kupfer, Arsenit, Magnesit, Calcium, Molybdän, Wolfram, Mangan, Titan und Vanadium. Ein großer Teil dieser seltenen Metalle wird gewonnen und in Schweden verarbeitet. In diesem Gebiet liegen die bekannten Eisenerzvorkommen von Grönseberg. Nach offiziellen Schätzungen belaufen sich die mittelschwedischen Eisenerzreserven mit verschiedenen Gehalten auf insgesamt etwa 310 Mill. t.

Die Traffic Aktiebolaget Grönseberg-Oxelösund ist Mitglied in der schwedischen Eisenindustrie und in der Eisenbahn für den Erzztransport, eine eigene Erzfabrik und ihr gehören die wichtigsten Vertriebsstellen in dem norwegischen Erzkreis Narvik. Sie kontrolliert die Grönseberg-Minen und ist zu 20% an der Ausbeute der Lappland-Erze beteiligt. Die restlichen 80% der Lappland-Vorkommen werden von schwedischen Staat kontrolliert. Die Grönseberg besitzt weiter ausgedehnte Vertriebsanlagen in Oxelösund, während der andere Erzkreis von Lulea in Botschafts ist. Diese beiden Häfen am Rottnischen Meeresbusen sind aber im Gegensatz zu Narvik im Winter bis zu fünf Monate von

Dollareinnahmen zu verstärkten Bezügen aus den USA anregen. Die von Frühau geleitete Gesellschaft wird in Kürze Techniker und Ingenieure nach Europa senden, die über den Einkauf der erwähnten Artikel im Werte von drei bis vier Mill. Dollar innerhalb der nächsten 18 Monate verhandeln sollen.

Steigende deutsche Ausfuhr in die USA

Die Exporte der Bundesrepublik Deutschland nach den USA stiegen während des ersten Halbjahres 1950 auf einen Monatsdurchschnitt von über fünf Mill. Dollar gegenüber etwa 3,5 Mill. Dollar monatlich im Jahre 1949. Nach Angaben des amerikanischen Handelsministeriums lieferte Westdeutschland von Januar bis Mai 1950 Waren im Werte von 25,50 Mill. Dollar. In der zweiten Hälfte des Vorjahres sank die

weideutsche Ausfuhr nach den USA ab. Amerikanische Wirtschaftskreise sind der Ansicht, daß im laufenden Jahr das gegenwärtige Ausfuhrvolumen beibehalten wird. Man erwartet für 1950 eine Steigerung des deutschen Ausfuhrhandels nach den USA gegenüber dem Vorjahr um 30%.

An erster Stelle rangieren Chemikalien, darunter hauptsächlich Düngemittel und Kohleerzeugnisse. Die amerikanische Einfuhr deutscher Düngemittel während der ersten fünf Monate dieses Jahres hatte einen Wert von 4,78 Mill. Dollar. An zweiter Stelle stehen Aluminiumprodukte. Rückläufig ist die Entwicklung auf dem Metallmarkt, wo die Einfuhr in diesem Jahr auf Grund der verringerten Schrottnachfrage auf monatlich 1,34 Mill. Dollar gegenüber 2,23 Mill. Dollar 1949 sank. In diesem Jahr wird vor allem noch ein Anstieg der Einfuhr deutscher Eisen- und Stahlerzeugnisse nach den USA im Hinblick auf die Ergebnisse im Pazifik und deren Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft erwartet.

Produktionsleistung für moderne Kampfflugzeuge haben sich verdoppelt

Die amerikanische Flugzeugindustrie stellt gegenwärtig nach einer Schätzung der „Aircraft Industry Association“ monatlich rund 160 Militärflugzeuge her. Nach Ansicht dieses Zentralverbandes der amerikanischen Flugzeugindustrie kann die Produktion frühestens bis Mitte 1951 auf 450 und erst gegen Ende 1952 auf 1.000 Flugzeuge im Monat gebracht werden. Als Grund für die verhältnismäßig langsame Ausweitungsmöglichkeit der Produktion wird vor allem angeführt, daß das moderne Kampfflugzeug ungefähr zweimal so schwer ist wie die im letzten Krieg verwendeten Typen. Die Konstruktion ist außerdem wesentlich komplizierter. Die Herstellung nimmt etwa die doppelte Zahl von Arbeitsstunden in Anspruch wie in den Jahren 1939 bis 1945. Hinzu kommt, daß man sich mit dem Vordringen des Düsenantriebes auf völlig neue Typen einstellen mußte. Teilweise sind neue Erfindungen und Verbesserungen bereits überholt, wenn das Flugzeug die Montagehalle verläßt. Gleichzeitig wird jedoch von der Aircraft Industry Association darauf hingewiesen, daß sich die amerikanische Flugzeugindustrie bei einer Ausweitung ihrer Produktion jetzt in einer wesentlich günstigeren Position befindet als zu Beginn des letzten Krieges. Viele in der Zeit von 1940 bis 1944 erstellten Flugzeugwerke sind heute überhaupt nicht oder nur zu einem ge-

ringen Teil ihrer Kapazität ausgenutzt. Sie können ohne bedeutende Mittel in den Produktionsprozess eingeschaltet werden und den Ausstoß ganz erheblich vorantreiben. Man schätzt, daß die Flugzeugindustrie über eine Reserve von 150.000 Werkzeugmaschinen verfügt. Außerdem verfügt die amerikanische Regierung bereits jetzt über große Vorräte an strategisch wichtigen Rohstoffen, die zum Teil für den Flugzeugbau erforderlich sind. Die nötigen Facharbeiter für die Flugzeugindustrie stehen aus der Kriegszeit in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Die bisherige Rekordleistung wurde in den USA im Jahre 1944 mit 96.969 Flugzeugen aller Art und 256.571 Flugzeugmotoren erreicht. 1949 betrug nach einer Schätzung der „Aircraft Industry Association“ die Produktion nur noch 6.000 Flugzeuge. Die Herstellung war seit Kriegsende bis zum Vorjahr ständig im Rückgang begriffen. Dabei entfiel ein Großteil der vorjährigen Produktion, wie auch in den vorhergehenden Nachkriegsjahren auf Privatflugzeuge.

Gegenwärtig beträgt die Zahl der in der amerikanischen Flugzeugindustrie Beschäftigten nur etwas über zweiunderttausend gegenüber dem Höchststand von 1,2 Millionen Arbeitern und Angestellten im Jahre 1944. Dennoch steht die Flugzeugindustrie als Arbeitgeber bereits noch bei den vorrangigen Industrien in den USA an dritter Stelle hinter der Automobil- und der Stahlindustrie. Die größten Gesellschaften sind Boeing Airplane, United Aircraft, Consolidated Vultee, Curtiss Wright und Douglas Aircraft.

Abzahlungskredite in den USA auf Höchststand

Die Höhe der Abzahlungskredite in den Vereinigten Staaten nahm im Juni 1950 um 550 Mill. Dollar zu und erreichte mit 19.827 Mrd. Dollar am 30. Juni einen neuen Höchststand, gab das Federal Reserve Board bekannt. Inves-toren, die sich zur Zeit für den Erwerb von börsennotiert gehandelten Wertpapieren interessieren und dabei im Hinblick auf eine Verstärkung der inflatorischen Tendenzen in der nordamerikanischen Wirtschaft mit einem Steigen der Kurse rechnen, sollen, wie in Kreisen der New Yorker City vermutet, durch die Möglichkeit eines Kursrückganges infolge der internationalen Lage in ihre Berechnungen einbezogen. Sie vertreten jedoch die Ansicht, daß es auf lange Sicht gesehen günstiger sei, Wertpapiere im Portefolio zu haben, als über flüssiges Kapital zu verfügen.

Die Kündigung des Bauarbeiter-Tarifs

Im folgenden geben wir einer Zeitschrift des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Frankfurt a. M. über die Auswirkungen der Kündigung des Bauarbeiter-Tarifs seitens der Gewerkschaft der Bauarbeiter Besam, ohne uns mit dem Inhalt der Darlegungen im einzelnen zu identifizieren.

Die Lohnsätze des Baugewerbes sind von den Gewerkschaften zum 31. 7. 1950 mit der Begründung gekündigt worden, daß eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten notwendig sei. Die Kündigung der Lohnsätze wird eine Reihe von Fragen auf, die zu einer Besorgnis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Anlaß geben. Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie schreibt, handelt es sich bei der Maßnahme der Baugewerkschaften um eine Aktion, die sich erstmals auf das ganze Bundesgebiet erstreckt. Wenn bisher von Gewerkschaften eine Kündigung von Lohnsätzen ausgesprochen wurde, so handelte es sich dabei durchweg um eine Angelegenheit von mehr örtlicher Bedeutung. Die jetzt erfolgte komplexe Kündigung im Baugewerbe hat grundsätzliche Bedeutung; sie bereits offenbar eine Lohnveränderungswelle im ganzen Bundesgebiet vor.

In der Zeitschrift heißt es weiter: „Das Baugewerbe hat schon immer im Bereich der Lohnpolitik eine strategische Bedeutung. Dies nicht nur wegen der Schlüsselbedeutung des Baugewerbes, sondern besonders auch deshalb, weil es nicht an einen bestimmten Standort gebunden ist und die Fronten in einem Arbeitskonflikt bis ins kleinste Dorf vordringt. Durch die jetzt erfolgte Kündigung wird das Baugewerbe wieder einmal zu einem der Gesamtindustrie benutzendsten Faktor. Sollten im Baugewerbe die Löhne erhöht werden, so werden nicht nur die Bauverträge ansteigen, sondern auch andere Wirtschaftszweige würden mit einer Erhöhung ihrer Lohnkosten rechnen müssen. Besonders gefährlich drohen in diesem Hinblick die kapitalintensiven Produktionen, z. B. dem Bergbau. Durch eine Erhöhung der Bauarbeiterlöhne entstünde eine erhebliche Gefahr für das Wohnungsbauprogramm. Die zwangsläufige Steigerung der Baupreise würde die Zahl der im Rahmen des Programms zu erstellenden Wohnungen infolgedessen herabdrücken. Der wichtigste Baustoff ist Geld, das aber leider nur in Grenzen zur Verfügung steht. Lohn-erhöhungen im Baugewerbe würden dazu beitragen, diese Grenze noch zu verengen, da man mit dem zur Verfügung stehenden Geld dann nicht mehr soviel Wohnungen wie bisher bauen kann.“

Die Begründung der angekündigten Lohnveränderungen ist mit der tatsächlichen Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht in Einklang zu bringen. Der Lebenshaltungskostenindex ist in den letzten Monaten ständig zurückgegangen und nimmt mit 131 (1938 = 100) den niedrigsten Stand seit der Währungsreform ein. Die Indexzahlen der Bauarbeiterverdienste sind dagegen ständig gestiegen und haben den Lebenshaltungskostenindex überschritten (Lohnindex 150 ebenfalls bei 1938 = 100). Selbst wenn der Index der Ernährungs-kosten gegenüber dem Juni wieder um einige Punkte steigen sollte, so würde doch der Preisstand, der beim Abschluß der jetzt geltenden Lohnvereinbarungen bestanden hat, schwerlich überschritten werden.

In den westdeutschen Großstädten liegt der Tariflohn der Bauarbeiter (Maurer) zwischen 1,41 und 1,52 DM, wobei noch die Möglichkeit besteht, durch Akkordarbeit Mehrverdienste zu erzielen, die erfahrungsgemäß um 20 bis 30 % über den Tariflohn liegen. Im Gegensatz zu anderen Industrien verhindert die Gewerkschaft im Baugewerbe die Vergütung von Bauarbeitern im Leistungslohn, so daß praktisch nur etwa 4% der Bauarbeiter in Akkord ausgeführt werden. Die Anwendung von Akkordtarifverträgen würde aber den Lebensstandard großer Teile der Bauarbeiter nicht unwesentlich erhöhen. Im übrigen würde die Akkordarbeit dazu beitragen, daß noch schneller und billiger gebaut werden könnte, Überstunden und Sonntagsarbeit, wie sie jetzt häufig notwendig sind, könnten bei Akkordarbeit selbst bei kurzfristigen Bauterminen ganz vermieden werden.

Die geringe Verbreitung der Akkordarbeit im Baugewerbe läßt einen Vergleich mit den Löhnen in anderen Wirtschaftszweigen nur hinsichtlich der im Zeitlohn ausgeführten Arbeiten zu. Hierin ergibt sich, daß die Zeitlöhne in der übrigen Wirtschaft gegenüber 1938 um rund 50% gestiegen sind, während die Bauarbeiterlöhne eine Steigerung von 37% erfahren haben. Man kann also nicht behaupten, daß die Entscheidung im Baugewerbe hinter die Lohnentwicklung der übrigen Gewerbegruppen zurückgeblieben sei.

Es muß im übrigen immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Mehreinkommen nicht durch Erhöhung der Nominallöhne zu erzielen sind, sondern nur durch Mehrleistung, da bekanntermaßen Nominallohnsteigerungen weitere Lohnwellen auslösen, die in ihrer Wechselwirkung mit den zwangsläufig damit verbundenen Preiswahlen die erwünschte Wirkung einer Kaufkraft-erhöhung aufheben.

liefert vollständige elektrische Ausrüstungen für

Wasserkraftwerke



4 Generatoren je 35000/60000 KVA, Cos φ = 0,8 10200 Volt, 333,3 U/min, 50 Hz
Anlage Witzsch der Schleppschiffwerk AG, Freiberg im Erzgebirge

BROWN, BOVERI & CIE. AG., MANNHEIM

TUNNEL-BAUTEN



Stollen- und Schachtbauten

BADEN-BADEN
SEIT 1897

Die aktuelle Reportage:

Schluchseewerk

Größtes deutsches Spitzenkraftwerk mit Jahresspeicherung

Kraftzeugung, und damit auch Stromerzeugung ist eine der größten volkswirtschaftlichen Aufgaben.

Vor dieser gebieterischen Notwendigkeit müssen Wünsche und Neigungen persönlicher und landschaftlicher Art gerade in diesen harten Zeiten zurücktreten. Das badische Land hat durch seinen Niederschlagsreichtum im Hochschwarzwald, durch seine natürlichen Staumöglichkeiten im Gebirge, durch das hohe Gefälle zum Rhein (620 m Gefällehöhe Schluchsee-Oberrhein) und durch die besonders hohe Wasserzufuhr aus diesen Gebieten im Winter und im Frühjahr eine in Deutschland einmalige ideale Lage für ein Hochdruck-Spitzenkraftwerk mit Jahresspeicherung.

Dem steigenden Bedarf an Strom überhaupt als auch insbesondere an Spitzenstrom hat die Schluchseerwerk AG entsprochen: denn das Werk geht nach Ausbau der Behebungen in den nächsten Jahren seinen Vollausbau entgegen. Damit ist eine der größten volkswirtschaftlichen Aufgaben, die dem badischen Land gestellt sind, der Lösung nahegebracht. Die nächste Aufgabe, die zu bewältigen ist, ist die Schiffbarmachung und die weitere Energiegewinnung des Hochrheins zwischen dem Bodensee und Basel.

Die Schluchseerwerk-Versorgung war, wie die Vergangenheit zeigt, immer erfolgreich bemüht, die Naturschönheiten zu erhalten. Ja sie hat sogar — wie im Falle einiger Staubecken — neue Anziehungspunkte geschaffen. Sie wird auch in Zukunft im Rahmen des Möglichen diese Tradition fortsetzen. Aber Baden wird auch Opfer an der einen oder anderen Naturschönheit bringen müssen im Interesse Gesamtdeutschlands, im Interesse des für Deutschlands Wirtschaft so dringend notwendigen hochwertigen Spitzenstroms.

Als ein solches natürliches Speicherecken bot sich im südlichen Schwarzwald die Gletscherwanne des Schluchsees an, der ursprünglich ein See von etwa 1 km Länge war. Durch Erhöhung einer 80 m hohen Staumauer konnte der Schluchsee um 30 m angestaut werden. In ihm werden die Niederschlagsmengen aus dem Feldberger See, die die höchsten in Deutschland überhaupt sind, angesammelt. Das hohe Gefälle bis zum Hochrhein an der Schweizer Grenze, etwa 620 m, bot einen besonderen Anreiz, dieses für die Energiegewinnung in drei Stufen auszunutzen und umgekehrt ist das Wasser vom Rhein wieder in den hochgelegenen Schluchsee hinaufzuspumpen.

So entstanden die Anlagen der Schluchsee-AG, die im Jahre 1928 gegründet wurde. Da jetzt, wie wir gleich sehen werden, die letzte entscheidende Stufe dieser Anlage bald ihrer Vollendung entgegengeht, besuchten wir die verschiedenen Stufen.

Oberstufe Häusern

Es ist selbstverständlich, daß man bei der Beschäftigung dieser Anlagen des Schluchseerwerks von oben beginnt, nämlich am Schluchsee. Dieser „Schluchsee“ ist also, wie gesagt, mit einer hohen Staumauer gegen das Schwarzwald abgeriegelt. Der Nutzinhalt des Schluchsees, der durch die Staumauer 7 km lang geworden ist, liegt bei 168 Mill. cbm. Das Stauziel hat eine Höhe von 123 m ü. M. An der südlichen Längsseite des Sees geht durch das Gebirge ein etwa 5 km langer Druckstollen von 4 m Durchmesser, der dann mit dem Gebirge austritt und sich in die beiden stufenförmigen Kraftwerke Häusern führt, das die Oberstufe des Systems bildet und im Jahre 1931 in Betrieb kam. Die gesamte Gefällehöhe vom Schluchsee nach Häusern beträgt 238 m. 80 oben befindet sich das Stauziel des Schluchsees, das Kraftwerk Häusern. Das Kraftwerk ist nicht in der gleichen Richtung gebaut wie die Höhren vom Gebirge kommen, so daß das Wasser erst einen Bogen machen muß, ehe es in die Turbinen gelangt. Dies geschieht einmal aus Sicherheitsgründen, und zweitens um das Wasser in einer günstigen Strömung in die Turbinen gelangen zu lassen. 4 Maschinensätze arbeiten in Häusern, und man hat hier die vertikale Anordnung der Aggregate gewählt. So sehen wir ganz oben als Krone die Erzeugermaschine, darunter den Generator, dann folgt die Turbine und schließlich unten die Pumpe, durch eine Kuppelung mit dem übrigen Aggregat verbunden. Die Höhe eines solchen Maschinensatzes beträgt rund 26 m, und die Höhe des Kraftbaus etwa 40 m.

Sind die Maschinen auf Stromerzeugung geschaltet, dann werden die Turbinen vom Wasser getrieben und bewegen die Generatoren, die den Strom erzeugen, einen Durchmesser von 8 m haben, und 33 Umdrehungen in der Minute machen. Dabei gehen die 4 Generatoren eine Spannung von 16.000 Volt ab, die in der Freiluftanlage durch 4 riesige Transformatoren auf 100.000 Volt gebracht werden. Die große Leistung des Kraftwerks Häusern beträgt 110.000 Kilowatt. Wird nichts auf Pumpbetrieb umgestellt — was übrigens innerhalb von 1 1/2 Minuten möglich ist, — dann wird der im Industriebetrieb überflüssige Abfallstrom in den Generator geleitet, der dann als Einkreuzer arbeitet und die gebrunnenen Pumpen in Betrieb setzt. Es können

dann von den 4 Pumpen insgesamt 32 cbm Wasser pro Sekunde durch die gleichen Bohren, durch die das Wasser bei der Stromerzeugung herabfließt, in den Schluchsee zurückgepumpt werden. Das ist also fast die Hälfte von dem, was sonst bei Erzeugungsbetrieb dem Schluchsee entnommen wird. Man kann sich damit eine Vorstellung von der Energiereserve machen, die durch diese Zurückpumpen erreicht wird. So wird aus nicht verwertbarem Nachstrom die besonders wertvolle Energie des Spitzenstroms.

Die Umschaltung vom Stromerzeugungsbetrieb auf den Pumpbetrieb und umgekehrt erfolgt in einem besonderen Kommandoraum, der das Hirn des ganzen Kraftwerks darstellt, der sogenannten Warie. Hier kommen die Meldungen über Strombedarf oder Stromüberschuß aus den weitestgehenden Verbrauchszentren telegrafisch an.

Mittelstufe Witznau

Im Jahre 1948 wurde die Mittelstufe Witznau in Betrieb genommen. In Häusern fließt das Wasser, das durch die Turbinen gegangen ist, in ein Aufschlagbecken, das Schwarzabbecken, das vor dem Kraftwerk liegt. Das Schwarzabbecken hat einen Nutzinhalt von 1,3 Mill. cbm und ein Stauziel von 72 m ü. M. Von einem besonders einflussreichen Werk geht der Druckstollen durchs Gebirge. Die Gefällehöhe von Häusern nach Witznau beträgt 130 m. In Witznau stehen wieder 4 Maschinensätze, die ebenfalls vertikal angeordnet sind. Die Ausbauleistung dieser 4 Generatoren beträgt 120.000 Kilowatt und die Wassermenge, die durch die Turbinen geht, 110 cbm pro Sekunde. Die 4 Pumpen zusammen können 40 cbm Wasser wieder zurück ins Schwarzabbecken pumpen. Das Werk Witznau ist das weitaus stärkere der 3 Stufen. Es liegt auf dem Berg geföhrt und ist direkt auf der Staumauer errichtet. Wenige Meter vom Werk entfernt sind einige



Staumauer des Schluchsees (Höhe 60 m)

höchste moderne Zweifamilienhäuser für die Stauwiesengruppe gebaut worden. Das Aufschlagbecken der Mittelstufe Witznau entstand durch Staumauer des Schwarzabbecken und hat einen Nutzinhalt von 1,35 Mill. cbm bei einem Stauziel von 47,5 m ü. M.

Unterstufe Waldhut

Vom Witznau-Becken soll, wenn die Unterstufe Waldhut fertig ist, das Wasser — wieder unterirdisch, durch den sogenannten Rheintalstollen — dem Kraftwerk Waldhut zugeleitet. Die Gefällehöhe von Witznau nach Waldhut beträgt 168 m und der Wasserdurchgang 140 cbm pro Sekunde. Die Ausbauleistung der Generatoren — ebenfalls vier — wird 140.000 Kilowatt betragen. Die 4 Pumpen werden 22 cbm pro Sekunde in das Witznau-Becken zurückbefördern können.

Ein Wassererschließ

Sehen wir uns nun hoch auf den verschiedenen Baustellen der Unterstufe Waldhut an. Da ist zunächst das Wassererschließ — kein Schloß, in dem man wohnen kann und das etwa von einem Wassergraben umgeben ist. Vielmehr handelt es sich um ein riesiges eck-



recht ins Gebirge hinabgetriebenes Rohr mit 14 m Durchmesser und 160 m Höhe, nämlich die 168 m, die die Gefällehöhe von Witznau-Becken zur Unterstufe Waldhut ausmachen. Ein solches Wassererschließ erinnert an den Kohleneschloß, das Wassererschließ ist aber mehr als doppelt so weit, jedoch nicht so tief wie ein Kohleneschloß. Immerhin könnte man das Ulmer Müchler bequem hinein stellen. Das Wassererschließ wird erst mit Klümpchen ausgemauert und dann ausbetoniert. Jede Staustufe hat ein solches Wassererschließ, in dem beim plötzlichen Schließen der Turbinen der Wasserdruk ausgeglichen wird. Nach dem Gerüst der kommunizierenden Röhren ist der Wasserspiegel in diesem Wassererschließ immer genau so hoch wie in dem Staubecken, mit dem es verbunden ist. Das Wassererschließ befindet sich immer über der Stelle des Druckstollens, wo ein größeres Gefälle beginnt.

Wir führen in das im Bau befindliche Wassererschließ oberhalb des Gefälles bis auf 140 m Tiefe, wo das Wassererschließ mit dem Druckstollen ausläuft. Schwierige geologische Untersuchungen und mühselige bergmänn-

arbeiten ermöglicht gering zu halten. Neben diesen Energieverrichtern sind man jetzt noch in der Beschäftigung groden Öffnungen, durch die später der Rhein angestaut wird, um bei Nacht in den Schluchsee zu wandern.

Rheinkraftwerk Albrück-Dogern

Das Anstauen des Wassers aus dem Rhein ist an dieser Stelle besonders leicht möglich, weil sich das Kraftwerk Waldhut im Bereich der Stauehaltung des Rheinkraftwerks Albrück-Dogern befindet. Das gestaute Rheinwasser kann also jederzeit über die drei Kraftwerke in den Schluchsee gepumpt wer-

den. Neben diesen Energieverrichtern sind man jetzt noch in der Beschäftigung groden Öffnungen, durch die später der Rhein angestaut wird, um bei Nacht in den Schluchsee zu wandern.

Aus dem bereits ausgebauten System des Schluchseerwerks ist ersichtlich, daß



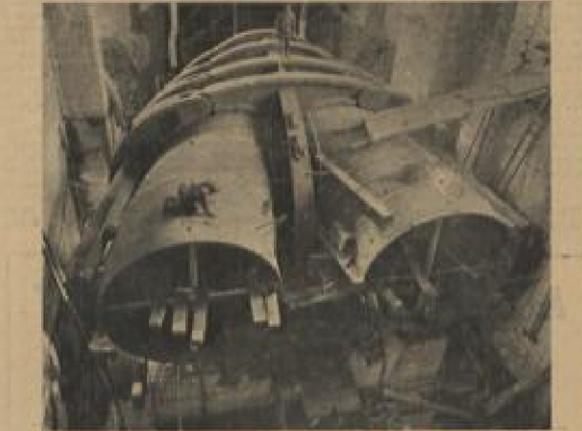
Rheinstollen Witznau-Waldhut im Bau (Länge 5,5 km, Durchmesser 4 m) gebaut von der Süddeutschen Tunnelbau-Ges. Singer & Lüssinger, Baden-Baden

den und vergrößert damit die aus dem natürlichen Fluß von Feldberg stammenden Speichermengen. Ein Wehr, das den Rhein staut, läßt das Wasser in einen für Albrück-Dogern gebauten Kanal und damit in die drei Turbinen laufen. Ihre Schlußfähigkeit beträgt maximal 1000 cbm pro Sekunde. Im Gegensatz zu den Kraftwerken des Schluchseerwerks ist die Gefällehöhe nur gering, sie beträgt 8 m, die Wassermenge jedoch, wie erwähnt, ein Vielfaches. Man nennt das Rheinkraftwerk Albrück-Dogern daher auch ein Niederdruck-Lauffwasserkraftwerk. Es hat 3 Generatoren mit einer größten Werkleistung von zusammen 75.000 Kilowatt. Dieses Kraftwerk läuft Tag und Nacht ohne Unterbrechung und ist mit seiner Erzeugung lediglich von der Wasserführung des Rheines abhängig.

Um das Flußuferwärtsziehen der Fische im Rhein nicht zu verhindern,

es Wasser nicht nur aus dem Schluchsee, sondern auch aus fließend und westlich benachbarten Flußgebieten erhält. Unterhalb von St. Blasien ist die Alb durch ein Staubecken von 2 Mill. cbm aufgestaut, das sein Wasser dem Schwarzabbecken beim Kraftwerk Häusern zuleitet. Im Osten wurde die Mettra gestaut und führt aus einem 1,7 Mill. cbm fassenden Staubecken für Wasser dem Kraftwerk Witznau zu. Darüber hinaus ist geplant, im Westen das Wasser der Marg und des Ischach und im Osten das Wasser der Wutach teilweise beizustauen. Dieser weitere Ausbau erfordert die Errichtung einiger Staumauern und Rohrleitungen. Die in den Kraftwerken vorhandenen Maschinen sind bereits für diese zusätzlichen Wassermengen dimensioniert.

Nach Fertigstellung vorgenannter Behebungen wird die Jahresleistung des Schluchseerwerks einschließlich Pumpstromerzeugung bis auf etwa 100 Mill.



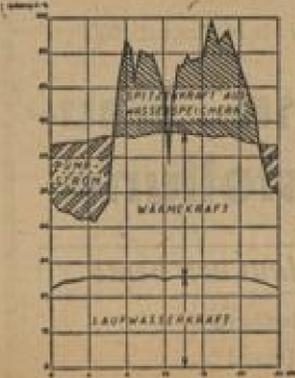
Das Hosenrohr für das Kraftwerk Waldhut bei der Montage gebaut von der Dortmunder Union, Werk Orange, Gelenkbrücken

Leistungsfähigkeit des Schluchseerwerks

Obwohl die beiden letzten Jahre starke Trockenheit aufwiesen, betrug die Jahreserzeugung des Schluchseerwerks mit den beiden Kraftwerken Häusern und Witznau doch gegen 300 Mill. kWh. Das ist für ein Spitzenkraftwerk eine bedeutende Leistung. Nach Fertigstellung des Kraftwerks Waldhut, dessen erster Maschinensatz

ist auf der einen Seite des Kraftwerks eine sogenannte Fischreppel angeordnet worden.

Aus dem Besuch der Anlagen des Schluchseerwerks ziehen wir das Ergebnis, daß auf der einen Seite der wertvolle Spitzenstrom erzeugt werden kann, auf der anderen Seite sich aber die Kraftwerke gut der Landschaft anpassen, teilweise so liegen, daß man sie kaum bemerkt, jedenfalls daß die Landschaft durch sie in ihrer Eigenart nicht beeinträchtigt wird.



Strombedarf und Erzeugung in Westdeutschland an einem Wintertag

des Stromverbrauchs liefern könnte, kann brauchte man einen sehr großen kostspieligen Maschinenpark, der in der übrigen Zeit nicht voll ausgenutzt werden könnte — und viel Kohle, die ungenutzt veratet wäre. Die Dampfkräftwerke auf Kohlebasis können nämlich nicht so einfach abgeschaltet werden. Würde man die großen Kessel immer wieder löschen und anzünden, dann würde das Material sehr bald zu Bruch gehen. Läßt man aber die Maschinen weiterlaufen, dann ist die erzeugte Energie verloren, da sie nicht oder nur zum Teil abgenommen wird.

Den Wendestrich, wo es möglich ist, einen Ausgleich dieser Spitzen zu erreichen, kann man auf den Gedanken, ein Verbund-System einzurichten, d. h. man tauscht in einem großen, weiten Netz, das von Norden nach Süden und von Osten nach Westen reicht, den Strom, so gegenseitig aus, daß der Spitzenbedarf einer Stelle gedeckt wird durch den geringen Bedarf an einer anderen Stelle. Vor dem Krieg war auch das Ausland an dieses Verbund-System angeschlossen, wodurch sich eine zusätzliche gegenseitige Austauschleistung in den Spitzenzeiten ermöglichen ließ.

Es gibt aber trotzdem noch große Spitzen, insbesondere durch den Industriebedarf und im Winter, die nicht allein durch einfachen Austausch gedeckt werden können. Außerdem steigt der Strombedarf laufend weiter an. Was lag also näher, als zu versuchen, mit dem Strom, der in den Nachtstunden entsteht, aber nicht gebraucht wird, Wasser wieder in die Höhe zu pumpen, von der man es wieder herunterschöpfen kann, wenn der Spitzenbedarf eintritt. Denn wenn man Wasser in die Höhe pumpt, kann man damit Energie speichern.



Bundespräsident Heuß bei seiner Heimkehr des Kraftwerks Häusern am 28. April 1950 (von rechts nach links): Präsident Bund, Staatspräsident Waldich, Bundespräsident Heuß, bad. Finanzminister Eckert